

Hier bei der Expedition 2 R., außerhalb bei den Königl. Postämtern 2 R. 10 S. inkl. Post-Ausschlag, in Köln bei dem Königl. Post-Zeitungssamle für England 3 R. 15 S., für Frankreich 4 R. 24 S., für Belgien 2 R. vierjährig. In Warschau bei d. R. A. Postämtern 4 R. 33 Kop. In Russland laut R. Postaxe.

Ostsee-Zeitung und Börsen-Nachrichten der Ostsee.

Stettin, 1866.

Donnerstag, 17. Mai.

Insertions-Preis:

für den Raum einer Petizeile 2 Sp.

Insätze nehmen an:

in Berlin: A. Retemeyer, Breitestr. 1.

in Hamburg-Altona: Haasestein & Vogler.

in Stettin: die Expedition.

Seignete Mittheilungen werden gratis aufgenommen und auf Verlangen angemessen honorirt.

Berlin, 17. Mai. Se. Mai. der Königin haben Wissenschaften erfuhr: Dem bisherigen Landrat des Kreises Friedeberg, Montern, Bezirks Frankfurt, v. Bornstedt, den Roten Adler-Orden, Ritter Klasse mit der Schleife, dem Unterarzt a. D. Herrmann zu Berlin hieß bei dem Brandenburgischen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 2 (Monatsfeldzeugmeister) den Königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse und dem Händler Julius Carl Altenauer zu Danzig die Rettungs-Medaille om Bande zu verleihen.

Darlehnskassen.

Die „Spenerische Zeitung“ meldet: „Die Regierung bewilligt dem Unternehmen nach zur Abhilfe des Notstandes, welcher aus der Creditlosigkeit namentlich für den Handwerkerstand hervorgerufen ist, umfassende Maßregeln in ähnlicher Weise zu treffen, wie solche im Jahre 1848 durch die Darlehnskassen mit vielem Nutzen und Erfolg bestanden haben.“ Ähnlich lautet ein unten mitgetheiltes Telegramm, nur daß dort neben den Handwerkern noch der „mittlere Bürgerstand“ als durch die Darlehnskassen zu unterstützen genannt wird. Wenn das überhaupt einen Sinn hat, so nur den, daß die Darlehnskassen nicht für den Großhandel bestimmt sein sollen, denn diesen pflegt man eben den Handwerkern und dem mittleren Bürgerstande gegenüber zu stellen. Andererseits würde hiermit die Bezugnahme auf die Darlehnskassen des Jahres 1848 nicht sonderlich stimmen; denn damals dienten diese Institute vorzugsweise dem Großhandel und den Fabriken.

Wie sich dieser Widerspruch lösen wird, müssen wir abwarten. Indessen sehen wir mit noch größerer Spannung der Antwort auf die Frage entgegen: mit welchen Mitteln und in welcher Form die neuen Darlehnskassen Credit gewähren sollen? Etwa, wie im Jahre 1848, durch Emission eines besonderen uneinlösbarer Papiergeldes?

Auch während der Handelskrisis des Jahres 1857 wurde vielfach das Verlangen nach solchen Darlehnskassen laut. Glücklicher Weise ließ der Staat sich nicht darauf ein. Er war sich bewußt, daß er an den damaligen Verlegenheiten in der Haupt-sache unschuldig war, und daß eben hierin ein wesentlicher Unterschied gegen das Jahr 1848 lag. Einer lediglich durch politische Verhältnisse herborgerufenen Credit-Sanktion gegenüber mag der Staat unter Umständen helfen können — einer eigentlichen Handelskrisis gegenüber ist er ohnmächtig. Im Jahre 1857 war die Erschütterung des Credits durch eine Ueberspekulation in den verschiedensten Zweigen des Warena-Handels hervorgerufen. Das Heilmittel lag lediglich in der Entwertung der Waaren und in der Einschränkung der Credite. Im Jahre 1848 hatte keine Ueberspekulation stattgefunden und von einer übermäßigen Anspannung des Credits war nicht die Rede. Umgekehrt war damals die Entwicklung des Bankwesens in Preußen und Deutschland künstlich auf einem höchst untergeordneten Punkte zurückgehalten. In Preußen bestand nur die „Preußische Bank“ mit der Berechtigung zur Emission von 21 Millionen, und die Ritterchaftliche Privatbank in Pommern; außerdem im nördlichen Deutschland die Hessische Landesbank und die Leipziger Bank. Sowohl war andererseits die Summe des Preußischen Staatspapiergeldes um 20 Millionen größer als jetzt, auch half sich die Preußische Bank gegenüber dem wachsenden Bedürfnis nach papierenen Umlaufsmitteln, durch Emission der sogenannten Giro-Scheine. Aber alle so im Gebiete des Thalerfußes circulirenden papierenen Umlaufsmittel zusammen genommen bildeten einen überaus kleinen Betrag der Summe, welche im Jahre 1857 in eben diesem Gebiete circulirte. So war es möglich im Jahre 1848 durch die Darlehnskassen die Summe des in Preußen umlaufenden Papiergeldes um 10 Millionen zu erhöhen, ohne daß eine Entwertung desselben stattfand. Entweder war in jener Zeit des allgemeinen Misstrauens das Bedürfnis nach Umlaufsmitteln so viel größer, oder bei dem damaligen Verhältnis zwischen dem circulirenden Metall- und Papiergelede schadete es nichts, wenn von dem ersten ein entsprechender Betrag in das Ausland getrieben wurde.

Nun fragt es sich: liegen nicht jetzt die Verhältnisse — im Gegensatz zu 1857 — ähnlich wie 1848? Nach einer Seite allerdings: auch jetzt ist die allgemeine Erschütterung des Credits in der Hauptsache nur durch die politischen Verhältnisse hervorgerufen. Aber andererseits hat die Entwicklung des Credits, wie sie von 1848 bis 1857 vor sich gegangen war, noch weitere Fortschritte gemacht; und gerade deshalb ist die Erschütterung so viel gewaltiger, als in beiden genannten Jahren. Um hier nur eins anzuführen, so betrug am 31. Oktober 1857 der Notenumlauf der Preußischen Bank 70,298,000 Thlr., dagegen am 30. April 1866: 121,239,000 Thlr. Die Summe seit jener Zeit beträgt also fast eben so viel als die gesammte Circulation von Papiergelede und Banknoten im Jahre 1848. Von diesen 121 Millionen Banknoten nun circulirte ein erheblicher Theil im Auslande; aber um so schlimmer, denn mit Bestimmtheit ist darauf zu rechnen, daß das Ausland sie jetzt zur Realisation präsentieren wird. Und da will man etwa eine neue Art von Papiergelede emittiren?

Noch ist unsere Valuta nicht erschüttert, und wir dürfen hoffen, daß uns dieses schlimmste Maß wirtschaftlichen Unglücks erspart bleiben wird. Aber die Flüssigkeit aus einem vollen Gefäße zum Ueberlaufen zu bringen, dazu bedarf es nur eines Tropfens. Hüten wir uns, daß nicht durch neue Papiergelede-Emissionen der Anfang mit der Entwertung der Valuta gemacht werde. Niemand würde sagen können, wann wir das Ende erreichen, und welchen Weg des Glends wir bis dahin zu durchmessen haben würden!

Deutschland.

Berlin, 17. Mai. Der „Kölner Zeitung“ wird unter dem 16. von hier telegraphirt: „Obgleich man in hiesigen diplomatischen Kreisen von einem offiziellen Congres-Vorschlag Frankreichs noch keine Kenntniß zu haben scheint, wird eine derartige Eröffnung, deren Erfolg, wenn sie stattfindet, noch Hindernisse zu überwinden haben würde, als wahrscheinlich angesehen. Preußen würde einem Congres-Antrage vorbehaltlich des Programms, wie man glaubt, nicht abgeneigt sein. Die Annahme befestigt sich, daß Hannover vorerst neutral bleiben werde.“

Das Kriegsministerium erläßt unter dem 15. folgende Bekanntmachung:

Es sind dem Kriegs-Ministerium in diesen Lagen aus Veranlassung der besetzten Augmentierung, resp. Mobilisierung vielfache höchst anerkannterwerthe Anerbietungen inaktiver Offiziere und

Militär-Beamten zugegangen, in welchen sich dieselben zur Verwendung disponibel stellen. Diese Anträge haben an die betreffenden General-Commandos zur Erledigung abgegeben werden müssen, da die Vorschläge zur Besetzung der entsprechenden Stellen von den General-Commandos reflektiert. Das Kriegs-Ministerium sieht sich im Hinblick hierauf veranlaßt, hiermit ausdrücklich auszusprechen, wie es der Sachlage förderlicher ist, wenn Anerbietungen der oben bereiteten Art künftig direct an die betreffenden General-Commandos resp. hinsichtlich der Verwendung bei den Militär-Administrationen, an die Intendanturen gerichtet werden.

In Betreff der Österreichischen Vorschläge in der Schleswig-Holsteinschen Angelegenheit wird der „Provinzial-Correspondenz“ Folgendes mitgetheilt:

Bekanntlich sind in einer Österreichischen Depesche vom 26. v. Mts. Vorschläge gemacht worden, welche mit der bisherigen gemeinsamen Grundlage der Preußisch-Osterröthischen Politik, mit dem Wiener Frieden und der Gasteiner Vereinigung im entschiedenen Widerspruch stehen. Die Preußische Regierung hat diese Vorschläge als geeigneten Boden der Verständigung nicht annehmen können und sich seither darauf beschränkt, durch ihren Vertreter in Wien zwar ihre volle Bereitwilligkeit zu weiteren Verhandlungen über jene Angelegenheit auszusprechen, gleichzeitig jedoch andeutungen zu lassen, daß sie selbst lediglich auf seinen bisherigen, völkerrechtlich allein zulässigen Grundlagen stehen zu bleiben entschlossen sei. Wenn hier nach Preußen und Österreich allein die berechtigten Besitzer der Herzogthümer sind und irgend eine Verfügung über dieselben ohne beiderseitige Zustimmung nicht getroffen werden kann, so versteht sich von selbst, daß weder eine Entscheidung des Deutschen Bundes über die Herzogthümerfrage eintreten kann, noch auch Österreich sein Besitzrecht ohne Preußens Zustimmung auf einen Dritten übertragen könnte. Nur auf dem Wege des Einverständnisses mit Preußen kann Österreich irgend eine Änderung in der rechtlichen Stellung der Herzogthümer herbeizuführen hoffen. Die Lösung der Frage würde gewiß wesentlich erleichtert werden, wenn Österreich sich entschließen könnte, dieselbe im Zusammenhang mit den Deutschen Angelegenheiten, mit der unerlässlichen Anerkennung der berechtigten Stellung Preußens in Norddeutschland zu behandeln.“

Über die Annahme des Sachsischen Antrags in der letzten Bundestagsförmung sagt die „Provinzial-Correspondenz“: „Durch die Erklärung, welche der Preußische Gesandte nach gefasstem Beschuß abgab, und nach welcher Preußen anderweitige Verübung über die diesseitigen Rüstungen nicht zu geben hat, als sie in den Thatfällen und leitbaren Erklärungen der Regierung zu finden ist, dürfte der Sächsische Antrag und der vom Bunde gefasste Beschuß erledigt sein.“

In einem längeren Artikel wendet sich die „Provinzial-Correspondenz“, das halboffizielle Blatt, an die Preußischen Wähler, welche ermahnt werden, die bisherigen Partei-Gegenseitigkeiten gegenüber dem Ernst der gegenwärtigen Ereignisse aufzugeben. Wir entnehmen folgende Stelle:

„Die Regierung ist mit dem Beispiel des Vertrauens auch jetzt vorangegangen: Ihr gesammtes Verhalten bekundet, daß sie sich mit voller Zuversicht auf den wahren Preußischen Volksgeist stützen und verlassen will. Sie hat, obwohl sie an den leidbaren Parteiengrundlagen aus gestrafftem Vertrauen aufgestellt, einen Spielraum gewahrt und von den einschrankenden Beschriften, welche ihr das Gesetz verleiht, selbst gegen heftige und bittre Angriffe nur in den äußersten Fällen Gebrauch gemacht. Den öffentlichen Blättern ist gerade in dieser Zeit die unumwundene Befreiung der Regierungspolitik weit über die sonstigen geistlichen Schranken hinaus getratet: die Regierung geht offenbar das Vertrauen, daß selbst die Schärfe und Gehässigkeit der Parteiberührungen die patriotischen Gefühl des Volkes nicht irre machen, daß vielmehr auch die Gegenäste des Parteiwesens in dem allgemeinen patriotischen und nationalen Aufschwung ihre Ausgleichung finden werden. Die Verübung des Volkes zu neuen Wahlen und die deshalb getroffenen Maßnahmen gehen nicht minder von dem Vertrauen zu dem Sinn und Geiste des Volkes aus, welches erkennen und beherzigen wird, um wie groß es sich gegenwärtig für Preußen handelt. Die unbedingte rücksichtlose Hingabe unseres Volkes an seinen weltgeschichtlichen Beruf“ — wird sich jetzt oder nie befinden und bewußt sein; denn nicht etwa um Schleswig-Holstein allein handelt es sich, wenn es jetzt zum Kriege kommt, sondern in Wahrheit um Preußens Deutschen Beruf und weltgeschichtliche Stellung.“

Die Anordnungen für die Neuwahl sind auf Grund der bestehenden Wahlverordnung so getroffen, daß die Wahlen um Mitte Juni stattfinden können. Die Wahlen der Abgeordneten werden hier nach Ende Juni und die Einberufung des Landtags etwa Anfang Juli angesetzt werden können.

Nach einer Mittheilung von offizieller Seite hat man in amtlichen Kreisen noch keine Bestätigung der Nachricht von einer Österreichischen Depesche vom 4. Mai, welche die Ablehnung der Einberufung eines Deutschen Parlaments, bevor nicht die Preußischen Reformvorschläge vorgelegt und von den Bundesregierungen angenommen seien, ausspricht, und die gleichzeitig mit der Abrüstungs-Depesche von demselben Datum erlassen sein soll. In diesem würde eine solche Depesche, wenn sie existiert, nichts anderes enthalten, als was Österreich schon bei Einbringung des Preußischen Antrages am Bundestage erklärt hat. Sollte auf dieses Antrage Österreichs von den übrigen Bundesregierungen eingegangen werden, so würde Preußen darin eine Ablehnung seines ganzen Antrages erblicken und dann würden, wie hinzugefügt wird, die ohne Mitwirkung der Regierungen in Angriff zu nehmenden Reformen einen weit ausgedehnten Umfang annehmen, als den bis jetzt von Preußen vorgeschlagenen.

In Gumbinnen und Königsberg werden die Zeitungs-Confiscationen consequent fortgesetzt. In den letzten Tagen hat dies Schicksal einmal den „Bürger- und Bauernfreund“ und einmal die „Pr. Litth. Ztg.“ betroffen. — In Danzig ist die „Danziger Zeitung“ wegen der Anträge des National-Vereins mit Beschlag belegt. Und dabei behauptet die „Provinzial-Correspondenz“, den öffentlichen Blättern sei jetzt die unumwundene Befreiung der Regierungs-Politik, weit über die sonstigen geistlichen Schranken hinaus, gestattet!

Am 12. ist zu Haus Bodelschwingh (Kreis Dortmund, Frhr. Gisbert v. Bodelschwingh-Plettenberg), Mitglied des Herrenhauses für den alten und befestigten Grundbesitz der Grafschaft Mark, verstorben.

Gumbinnen, 12. Mai. In der heutigen Sitzung des Kreisgerichts wurde u. a. eine Anklage gegen den Redakteur des „Bürger- und Bauernfreundes“ Reitenbach verhandelt. Die Anklage war wegen eines Artikels über die Heeres-Reorganisation erfolgt, in dem gegen die bekannten Haß- und Verachtungs-Paraphrasen gefündigt sein sollte. Die Verhandlung erfolgte in contumaciam, und wurde Reitenbach zu vierzehnjährigem Gefängnis verurtheilt; die Staatsanwaltschaft hatte jedoch Monat begnugt.

Gumbinnen, 15. Mai. Der Prozeß gegen den Abg. Frenzel wegen der Rede, welche er am 2. Juni 1865 im Abgeordnetenhaus gehalten, hatte bekanntlich, nachdem die Anklage in zwei Instanzen zurückgewiesen war, den viel besprochenen Obertribunalsbeschluß vom 29. Januar d. J. herbeigeschafft. In Folge dessen beschloß das Appellations-Gericht zu Ansbach am 13. März d. J. die Erhebung der Anklage in Erwägung, daß dieer Beschuß des Obertribunals für das weitere Verfahren in dieser Sache maßgebend“ und daß die betreute Rede in zwei der sieben incriminierten Stellen Behauptungen in Betreff des Regierungspräsidenten Maurach enthalte, die bis zum Erweisen der Wahrheit als Verleumdungen anzusehen wären. Bei der Verhandlung vor dem Kreisgerichte zu Gumbinnen sprach der Abg. Frenzel:

„Meine Herren! Bei aller persönlichen Hochachtung für jeden einzelnen von Ihnen, die Sie hier den Gerichtshof bilden, verbietet es mir doch meine Pflicht, Sie mit dem Titel „meine Herren Richter“ anzureden, denn Sie sind eben nach meiner Überzeugung meine Richter in dieser Sache nicht. Ich bin hier angetreten wegen einer Rede, die ich im Abgeordnetenhaus am 2. Juni v. J. gehalten, ich bin zu Unrecht angeklagt, denn eben so wenig als Sie meine Richter sind, eben so wenig darf nach dem Gesetz der Herr Staatsanwalt mein Ankläger sein. Der erste Abschnitt des Artikels 84 der Verfassung lautet: „Sie (die Abgeordneten) können für ihre Abstimmungen niemals, für ihre darin ausgesprochenen Meinungen nur innerhalb der Kammer auf den Grund der Geschäftsausordnung zur Redenrechte gezogen werden.“ Ich meine, daß ist deutlich und verständlich. Sowohl bin ich nicht Jurist, ich lasse den Artikel auf, wie ihn der Mann im Volke auffaßt, aber die Verfassung ist nicht für Juristen allein, sie ist für ganzes Volk gegeben, geschrieben, und ich behaupte, daß mich mit der großen Mehrzahl des Volkes in Ueberinstimmung befindet, wenn ich es ausspreche: der einzige Mensch auf der ganzen Welt, der mich wegen meiner gehaltenen Rede anklagen und strafen durfte, anklagen und strafen nach dem bestehenden und ungedeckten Rechte, war der Präsident des Abgeordnetenhauses, Herr Grabow. Er hat es nicht gethan. Die zweite Instanz, die, ohne mich unmittelbar strafen zu können, über mich urtheilen wird, sind meine Wähler, namentlich die städtischen Wähler aus Gumbinnen, und glauben Sie mir, es würde mir ein harter Schmerz sein, zu sehen, daß ihr freies Urtheil gegen mich aussieht. Dennoch würde ich auch in diesem Falle glauben, daß ich nicht anders hätte handeln dürfen, als ich getan habe.“

Herr Frenzel unterwarf dann die Motive des Obertribunalsbeschlusses einer Kritik und fuhr dann fort:

„Der Artikel 154 des Strafgesetzbuches lautet: „Tadelnde Urtheile über wissenschaftliche, künstlerische und gewerbliche Leistungen, imgleichen Neuerungen, welche zur Ausführung oder Vertheidigung von Gerechtsamen gemacht worden sind — sind nur in jenen Fällen erlaubt, als aus der Form der Neuerung oder aus den Umständen, unter welchen dieselbe erfolgt, die Absicht zu beleidigen hervorgeht.“

„Wenn danach nur der Herr Staatsanwalt eine Anklage erhebt, in der er demanden eines Verbrechens beschuldigt, und der Angeklagte freigesprochen wird, steht dem Freigesprochenen das Recht zu, den Staatsanwalt wegen Verleumdung vor dem Abgeordnetenhaus zu beschuldigen. Staatsanwalt allein steht das Recht zu, sondern jedem Beamten und Staatsbürger, der nur nicht wissenschaftlich falsch eine Denunciation einreicht. Meine Herren, Sie wissen ja am besten vom Herrn Präsidenten Maurach, den ich jetzt verleumdet haben soll, und ja mehr als ein Mal Denunciation gegen mich eingereicht und auf manche der selben hat gar nicht einmal eine Anklage statigfunden, und sicher habe ich von manchen gar nichts erfahren. Nun, welche Genugthuung wird mir für diese Verleumdung? Keine nach dem Gesetze, und doch ist diese unrichtige Anzeige heimlich geschehen, und nur meinem in der Ferne gebliebenen Auge habe ich es zu verdanken, daß ich von diesem selben Blatte aus den Namen des Herrn Maurach unter der Denunciation zwei Mal habe deutlich lesen können, und so weiß ich es denn, daß gegen mich unrichtige, natürlich nicht wissenschaftlich unrichtige Anzeigen gemacht worden sind. Und nun sollte es dem Beamten des Volkes, dem Abgeordneten, nicht freibleiben, Anklagen offen und öffentlich zu erheben, ohne straffällig zu sein, zu erheben an einem Orte, wo der angeklagte Beamte seiner natürlichen Vormund und Vertheidiger, seinen Chef, auf der Ministerbank hat.“

Herr Frenzel erklärte dann, daß es ihm seine Pflicht als Abgeordneter verbiete, sich auf das Materielle der Anklage einzulassen und schloß seine Rede:

„Mag geschehen, was da will, mag mich Strafe treffen und ich mich der Gewalt fügen müssen, eine Strafe wird mir die Strafe eben nicht sein, sondern meiner Empfindung nach ein Unrecht, das mir angethan und das mir tausendfach im Vorause schon vergolten ist durch das Gefühl und Bewußtsein die Mehrzahl meiner Mitbürger; die große Masse des Volkes hält dieses eben für ein Unrecht, daß mir angethan für eine Handlung, die ich im Auftrage meiner Wähler und für sie gethan. Meine Pflicht und meinen Lebeweisungen, meine Herren, habe ich mit dieser Neuherstellung genugt, ich habe gesprochen, ich wiederhole es, Sie sind nicht der Gerichtshof, der über mich in diesem Falle zu urtheilen bat, es gibt keinen, der es ihm kann, mein Blatt ist die Anklagebank nicht, würde ich länger hier freiwillig verweilen, so würde ich meine Pflicht als Abgeordneter meinen Wählern, dem ganzen Volke gegenüber verlesen, meine Pflicht gebietet es mir, mich zu entfernen.“

Nach diesen Worten verließ Herr Frenzel den Sitzungsraum. Nach einstündigem Berathen erkannte der Gerichtshof, wie bereits gemeldet, auf Freisprechung, indem er, der Entscheidung des Obertribunals entgegen, annahm, daß nach Art. 84 d. V. alle Reden und Erklärungen der Abgeordneten, in ihrer amtlichen Eigenschaft gesprochen, von jeder strafrechtlichen Verfolgung frei seien.

Königsberg, 15. Mai. Als die Lord Russell'sche Depesche über den Gasteiner Vertrag durch die hiesigen Zeitungen veröffentlicht wurde, ließ die Polizeibehörde dieselben mit Beschlag belegen, was keiner der anderen Zeitungen im Preußischen Staate, die ebenfalls die Depesche gebracht, passirte. Die ebenfalls von dieser Maßregel betroffene „Ostpreußische Ztg.“, „offizielles Anzeigebatt“, brachte in Folge dessen in ihrer Nr. 221 vorigen Jahres einen „Auch einmal oppositionell“ überbeschriebenen Leitartikel, der ebenfalls incriminirt wurde. Der Redakteur der Zeitung, Herr Hoffbuchdrucker Schulz, hatte bekannt, der Verfasser des Artikels zu sein, gegen ihn wurde Anklage wegen Beleidigung des R. Polizeipräsidio erhoben, er auch vom hiesigen R. Stadtgericht dafür unter Annahme mildernder Umstände zu 10 Thlr. event. einwöchentlicher Gefängnis verurtheilt. Auf die Appellation des Angeklagten bestätigte am Montag das hiesige Osterpreußische Tribunal das erste Urteil.

Danzig, 16. Mai. In Folge eines dringlichen Antrages mehrerer Stadtvorordneten auf Absendung einer auf die gegenwärtige Lage und die Kriegsfrage bezüglichen Adressen an Se. Maj. den König war gestern Nachmittag eine außerordentliche Sitzung der Stadtvorordneten berufen. Die Ver-

sammlung hat in nicht öffentlicher Sitzung, nachdem die Dringlichkeit und die sofortige Abstimmung über den Antrag mit mehr als $\frac{2}{3}$ der Stimmen beschlossen war, die vorgelegte Adresse angenommen. Wie es heißt, hat sich auch der Magistrat der Adresse angeschlossen und ist dieser bereits nach Berlin abgegangen. Die Adresse spricht sich zu Gunsten der Erhaltung des Friedens aus.

(Danz. Ztg.)

Marienburg, 15. Mai. Dem „Elb. Anzeiger“ wird von hier telegraphiert: „Gestern und heute waren hier über 2000 Reserveisten zu zusammengezogen. Es entstand ein großer tumult in allen Straßen der Stadt. Nitkowski's Laden und der Gasthof „Zum Hochmeister“ wurden demolirt. Die aus Elbing heute Nachmittags eingetroffene militärische Hilfe beseitigte ohne Schwierigkeit die Unruhen. Viele Arrestanten. Eben jetzt treffen mit einem Extrazuge 150 Militärs von Danzig hier ein.“

Schneidenmühl, 15. Mai. Über einen hier stattgehabten Militär-Erzbischof wird der „Posener Zeitung“ geschrieben:

Gestern Nacht waren hier Seitens der früher zusammengezogenen Reserve-Mannschaften im Alischen Schanklocale Ungehörigkeiten vorgekommen. Mit den mittlerweile hinzugekommenen Wehrmannschaften beträgt die Anzahl unserer Truppen augenblicklich 2100 Mann. Heute Vormittag roteten sich nun im Alischen Locale und vor demselben Wehrleute massenhaft zusammen. In demselben entwickelte sich ein Skandal, der sich in der Menge vor dem Hause am Markt — fortsetzte und militärisches Einschreiten notwendig machte. Unterdessen war aber im Geschäftslöschen Alles demolirt, die Fenster eingeschlagen, auch Beschädigungen an den Fenstern des im Hause wohnenden Staatsanwalts vorgekommen. Einige vom Commando des hiesigen Ulanen-Regiments gegen die Maße der Excedenten angeordnete Evolutionen steuerten zwar dem Unwesen einigermaßen, doch war immer noch die Menge in wildester Ausgelassenheit auf dem Platz, so daß die Excessen sich in jedem Augenblide erneuern konnten. In diesem critischen Momente erfand der Major von Kleist ein Mittel, das die wilde Rote augenblicklich bändigte. Er ließ nämlich Trompeter auf dem Marktplatz zusammenentreten und hier den Leuten auffordern. Die Musik wirkte, der wilde Haufen zog sich nach ihr hin und alsbald war auf freiem Markte ein Tanzsalon fertig. Am heitersten Tanze bewegten sich die zahlreichen Paare im Kreise dahin, als ob gar nichts vorgefallen wäre. Dem Major v. Kleist muß nachgerühmt werden, daß er bei dem heutigen, sehr bedeckten Vorfall mit Ruhe und Besonnenheit gehandelt hat. Die Sachen lagen so, daß in dem sich Leidenschaft in ihrer vollen Entfaltung zeigte, militärisches Einschreiten mit blauer Waffe schlechtweg geboten erschien. Herr von Kleist ließ, von den übrigen Offizieren kräftig unterstützt, Ernst und Muße walten und verstand es schließlich, dem Skandal durch einen musikalischen Scherz ein Ende zu machen. Zwar gab es hinterher noch neue Ansammelungen und neue Ausschreitungen, doch wurden diese leicht beseitigt. Das Commando des hiesigen Ulanen-Regiments hatte, im Interesse einer glatteren Spedition der Wehrleute, vom Divisions-Kommando zu Bromberg ein Infanterie-Kommando begehrte. In Folge davon traf des Abends $\frac{1}{2}$ Uhr von daher das Füllerbataillon des 21. Infanterie-Regiments hier ein. Die Ruhe war unterdessen bei den Wehrleuten zurückgekehrt und wird jetzt deren Beförderung zur Eisenbahn bewirkt. Die eigentlichen Ursachen der Störungen liegen wohl hauptsächlich in den beiden Umständen, daß die Leute lange liegen mußten, dann aber, daß sie keine Naturalversorgung hatten. Die Geldbörse mögliche ihnen in Beziehung ihrer Bedürfnisse Schwierigkeiten geboten haben. Die Einquarzierungsbills mit „ohne Versorgung“ passen ihnen daher nicht und vielfältig würden dieselben mit der Bemerkung hingehalten: „was soll man damit, was kommt man für?“

Kiel, 16. Mai, Abends. Die „Kielser Zeitung“ meldet, daß nach einer Verordnung der Holsteinischen Landesregierung bei den Holsteinischen Zoll-, Post- und Telegraphenstationen Preußische Kassenanweisungen nicht mehr als Zahlung angenommen werden sollen.

(W. T. P.)

Hannover, 16. Mai. Der „Hannoversche Courier“ vernimmt aus zuverlässiger Quelle, die Preußische Regierung habe Hannover für den Kriegsfall Neutralität angeboten. Hannover wolle darauf hin verhandeln, aber zugleich seinen Bundes-

Die in Bamberg stattgefundenen Ministerconferenz hat in Bezug auf den weiter einzuhaltenden Gang in den schwedenden Tagesfragen zwischen den bei der Conferenz beteiligten Regierungen ein allseitiges Einverständnis erzielt.

(W. T. B.)

Kassel, 16. Mai. Die „Kasseler Zeitung“ meldet amtlich die Entlassung des Kriegsministers General-Major v. Ende.

(W. T. B.)

Darmstadt, 16. Mai, Nachm. Die vollständige Mobilisierung der Hessen-Darmstädtischen Armeedivision ist heute beschlossen worden.

(W. T. B.)

München, 14. Mai. Wie telegraphisch schon erwähnt, hat die Regierung sämtliche Bayrische Zeitungs-Redaktionen ersucht, fernerhin keine Mittheilungen mehr über militärische Angelegenheiten zu machen. Die „A. A. B.“ spricht bei dieser Gelegenheit ihr Bedauern darüber aus, daß solche Anordnungen nicht von einer Gesamt-Behörde ausgehen, und nicht für die Neuner-Gruppe gemeinsam erlassen werden. Innerhalb Bayern werde hinfert nichts mehr über Bayrische Truppen-Bewegungen gedruckt werden, wohl aber beispielsweise über Württembergische; in Württemberg werde dagegen nichts über Württembergische, aber alles über Bayrische militärische Verfugungen verlautbaren. Wo befindet sich für solche Fälle die Centrale-Gewalt der Neuner-Gruppe, wenn diese überhaupt thätig werden sollte? Eine größere Volks-Versammlung hat gestern in der Pfalz stattgefunden. Mit der Steigerung der französischen Veränderungen hat in diesen Grenzlanden die Besorgniß vor der Möglichkeit eines schließlichen Heimfalls an Frankreich Nahrung gewonnen. Auffallender Weise ist auf die bei der kürzlich abgehaltenen Jubiläumsfeier der Pfalz dem König telegraphisch überlieferte Versicherung der Anhänglichkeit keine Antwort gegeben worden, was die allgemeine Beunruhigung gesteigert zu haben scheint. Von den Rednern der Volksversammlung wurde speziell auf diesen Umstand, sowie überhaupt auf das beharrliche Schweigen der Bayrischen Regierung hinsichtlich vielfältig verbreiteter Gerüchte Bezug genommen und von der Versammlung schließlich eine Reihe von Beschlüssen angenommen, welche außer der Berufung des Landtags den Erlaß eines Aufrufs an sämtliche Bewohner des linken Rhein-Ufers sowie die Niederwerfung eines Ausschusses für die Deutschen Interessen der Rheinländer zum Gegenstande hatten.

(W. T. B.)

Oesterreich.

Wien, 14. Mai. Der Preußische Gesandte Baron von Werther, welchen die hiesigen Allarmisten jeden Tag abreisen lassen, hatte gestern Mittags wieder eine Konferenz mit dem Grafen Mensdorff. Man will übrigens die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens trotz aller drohenden Anzeichen nicht ganz aufgeben, obwohl die hiesigen Blätter freilich nicht genug von dem französischen Aufbegehr zu erzählen wissen, da in ganz Oesterreich herischen soll. Es ist vielmehr nur eine düstere fast an Verzweiflung grenzende Enttäuschung, welche die Gemüther bewegt; die vornehme Gleichgültigkeit, mit welcher die Regierung die Wünsche der Bevölkerung negirt, ist doch nicht geeignet, wirkliche Begeisterung zu erwecken. Uebrigens gewinnt es immer mehr den Anschein, daß die letzte Stunde des gegenwärtigen Kabinetts sehr bald schlagen wird. Möglich, daß der Bericht der Staatschulden-Kontrolle-Kommission ihm den Todesstoß versetzt. In diesem Berichte wird über die finanzielle Thätigkeit des gegenwärtigen Ministeriums erbarmungslos der Stab gebrochen. Er enthält die bittersten Wahrheiten, die herbstlichen Vorwürfe, spricht von dem fehlerhaften

Charakter und dem mißlichen Erfolge der unter dem gegenwärtigen Ministerium vorgenommenen Finanzoperationen und erklärt, daß die mißlichen Erfolge hauptsächlich dem Umstande zuzuschreiben seien, daß die Finanzverwaltung des Beirates der Volksvertretung entbehrt. Begreiflich ist es, daß dieser Bericht nicht geeignet ist, die Stellung des Cabinets zu befestigen. — In Wiener Correspondenzen Deutscher Blätter wird erzählt, daß der Französische Botschafter hier in vertraulicher Weise einen Kommentar zu der Rede von Auxerre geliefert habe, der wesentlich zu beruhigen gesiegt erscheine; die Nachricht ist eine Erfindung. Der Herzog von Gramont hat hier auch nicht mit einer Silbe der Rede des Kaisers Erwähnung gethan, während andertheils Graf Mensdorff eine Erklärung auch nicht erbeten hatte.

Nat. Ztg.

Wien, 15. Mai. Die amtliche „Wiener Zeitung“ veröffentlicht die von der „Generalkorrespondenz“ bereits angekündigte kaiserliche Verordnung vom 13. Mai 1866 zur weiteren Ausführung der den Schutz des Handels zur See in Kriegssachen beziehenden Declaracion des Pariser Friedenkongresses vom 16. April 1856; sie lautet:

Mit Bezug auf die Declaracion der am Friedenkongresse in Paris vertretenen Mächte vom 16. April 1856, womit über die Abschaffung der Kaperei und über die Rechte der Neutralen internationale Grundsätze vereinbart wurden, welche zum Zwecke haben, die durch die Unsicherheit des öffentlichen Rechts gesteigerten nachtheiligen Einwirkungen eines Krieges auf den Handel zur See nach Thunlichkeit zu mildern, und in der Absicht, zur weiteren Bewirkung dieses Zweckes, so weit dies von Oesterreich abhängig ist, unter Voraussetzung der Gegenfeitigkeit beizutragen, finde ich, nach Anhörung meines Ministerathess, zu verordnen:

Art. I. Handelschiffe und ihre Ladungen können aus dem Grunde, daß dieselben einem Lande angehören, mit welchem Oesterreich im Kriege ist, von Oesterreichischen Kriegsfahrzeugen zur See nicht ausgebaut, noch von Oesterreichischen Prisengerichten als gute Preise erklärt werden, wenn die feindliche Macht den Oesterreichischen Handelschiffen gegenüber die Gegenfeitigkeit beobachtet. Die Beobachtung der Gegenfeitigkeit wird bis zum Nachtrage des Gegenteils angenommen, welche eine gleich günstige Behandlung der Oesterreichischen Handelschiffe von Seite der feindlichen Macht, durch die bekannten Grundzüge ihrer Gesetzgebung oder durch die vor dem Vertrage der Feindseligkeiten von ihr verkündeten Erklärungen verbürgt ist.

Art. II. Auf Handelschiffe, welche Kriegscontrebande führen oder rechtsverbindliche Blokaden beobachten, findet die Bestimmung des Art. I. keine Anwendung.

Art. III. Meine Minister des Krieges und der Justiz sind mit dem Vollzuge der gegenwärtigen Verordnung beauftragt.

Franreich.

Paris, 14. Mai. Es bestätigt sich, daß General Graf Montebello dem Papste angezeigt hat, während des bevorstehenden neuen Krieges in Ober-Italien werde die Ausführung der September-Convention aufgeschoben. Der Papst hat dem Kaiser dafür danken lassen und dabei die Thatthiere erwähnt, daß dem Prinzen Humbert in Neapel für seinen Königlichen Vater und ihn selbst eine prachtvolle Fahrt von weicher Seide übergeben werden, auf welcher die Wappen von Venetia und Rom gestickt waren. — Die Mission des Generals Lütz bei dem Kaiser bestand in dem Auftrage, die Nothwendigkeit der Herbeizeitung von Freiwilligen-Corps darzulegen. — Die Französische Regierung will ihre Flotte zur vollständigen Verfügung im Mittelmeer behalten; sie ist deshalb mit der Compagnie Transalpine wegen der Rüschaffung des ersten Drittels der Mexikanischen Armee in Unterhandlungen getreten.

In Spanien stehen neue Ereignisse bevor. Sämtliche Parteien betrachten die jüngsten Vorschläge des Ministeriums D'Orion als einen finanziellen Staatsstreich und rüsten sich zum Widerstande. Der Chef-Redacteur der „Reforma“, Angel de Miranda, ist aus Madrid hier eingetroffen und verfehlt mit General Prim.

Forderung des Prinzen Luitpold auf Unterstützung von 50 Millionen: abhängig gemacht. Dieselbe stützt sich namentlich darauf, daß König Murat der Bank in einem schwierigen Augenblick 12 Millionen vorgeschriften haben soll, wie in deren Büchern sich verzeichnet finde. Die Italienische Regierung, zu einem Compromiß bereit, will 5 Millionen geben, Advocat Sa-parese hofft 15—20 Mille herauszu ziehen. Der Kaiser Napoleon hat jede-diplomatische Behandlung der Sache verboten.

Die Regierung hat in den großen Waffenfabriken zu Metz für 2 Millionen Waffen bestellt.

Paris, 15. Mai, Abends. Es heißt, es sei eine Antwort aus Wien eingetroffen, welcher zufolge Oesterreich den Congress keineswegs vollständig ablehnt.

Herr Drouyn de l'Huys, Baron Budberg und Lord Cowley haben eine Conferenz gehabt, um sich über die Bedingungen für die Aufrechterhaltung des Friedens zu verstündigen.

Tel. der Hamb. Nachr.)

England.

London, 14. Mai. Die Zahl der Todessfälle der Cholerakranken in Liverpool ist im Steigen begriffen. Wie der Telegraph von gestern meldet, ist Dr. Ross von der „Helvetia“ gestorben und außerdem drei von den auf das Epitalschiff gebrachten Auswanderern. Alle Passagiere der „Helvetia“ hat man jetzt ans Land gesetzt, und die, bei denen sich bisher noch keine Symptome von Krankheit zeigten, in einem freien Lagerhöfe untergebracht. Auch unter diesen ist jetzt die Malaria ausgebrochen und fünf Patienten müssen gestern von dort nach dem Epital gebracht werden. Die Disinfektion der „Helvetia“ geschieht unter Aufsicht der Sanitätsbehörden und glaubten die Eigentümmer des Schiffes bis Ende der Woche dasselbe bereit, die Weiterreise anzutreten, bei der eingezogenen Verhältniss wird dieselbe jedoch schwerlich so bald statthaben.

Aus dem amtlichen Berichte über die Kinderpest für die vergangene Woche ist ersichtlich, daß zwei Grafschaften Englands von der Seuche freigekommen sind, in 16 Grafschaften sind für die Woche keine Fälle zur Anzeige gekommen; sechs Grafschaften zeigen eine Zunahme von 70, dagegen 15 eine Abnahme von 722 Fällen für die Woche, so daß im Ganzen 652 Fälle weniger vorgekommen sind.

Aus Southampton schreibt man: Der Oberst Hobbs verließ vor Kurzem Jamaika und schiffte sich auf dem Postdampfer „Tyne“ nach Europa ein. Gleichzeitig der Dampfer St. Thomas erreichte, bei Osthollywood, indem er über Bord sprang. Die Militärärzte in Jamaika hatten erklärt, daß er wegen Geistesstörung dienstunfähig sei. — Bekanntlich hatte der Unglückliche in den Octobertagen des Jahres 1865 auf Jamaika bei der Unterdrückung des Regieraufstandes sich durch sehr exzentrische Grosszügkeiten bemerklich gemacht. Ob er schon damals das psychische Gleichgewicht verloren hatte, oder in Folge der Aufregungen der Untersuchungszeit in Trübsinn verfallen ist, darüber wird nichts Näheres gemeldet. Aucter Art kann seine Krankheit nicht gewesen sein, da man ihn als gewöhnlichen Passagier reisen ließ.

Dänemark.

Kopenhagen, 15. Mai. Die aus Berlin gestern hier eingetroffene telegraphische Meldung, daß Dänemark eine Allianz mit Oesterreich abgeschlossen habe, ist vollständig aus der Luft gegriffen.

Tel. der Hamb. Nachr.)

Amerika.

Newport, 5. Mai. Im Senate wurde die Fundirung

und Umlegung der sechsprozentigen in fünfsprozentige Staatschuld beantragt. Das Repräsentantenhaus beschloß einstimmig eine Gratulation wegen seiner Rettung an den Kaiser von Russland. Die Fenter taperten einen Britischen Schoner; die Fenierbewegung ist übrigens gefährlich.

(T. D.)

Vocales und Provinzelles.

Stettin, 17. Mai. In der gestern Abend abgehaltenen zahlreich besuchten Versammlung des Vereins zur Wahrung der Kaufmannschaften stand die Frage auf der Tagesordnung, welche Maßregeln im Hinblick auf die gegenwärtigen bedrohten Handels- und Finanz-Interessen zu ergreifen seien. Der Vorsitzende, Herr Runge, äußerte seine Meinung dahin, daß es am vortheilhaftesten erscheine, wenn eine Darlehnscaisse, wie sie sich im Jahre 1812 sehr gut bewährt habe, wieder eingerichtet würde. Man stelle zwar die Behauptung auf, daß eine solche Casse vom volkswirtschaftlichen Standpunkte nicht richtig sei. Es möge dies der Fall sein; dennoch hatte sie sich in der Praxis gut bewährt. Ein Garantienfonds möge in Zeiten einer Geldcrisis ausreichen, trate aber eine Kriegsgefahr hinzu, so genüge er nicht. Die Darlehnscaisse habe den Vortheil, daß jeder Kaufmann, der im Besitz eines großen Vermögens sei, eine Summe darauf erheben könne, die er anderweitig zu erhalten außer Stande sei. Von anderer Seite ward der Vorschlag gemacht, eine Commandit-Gesellschaft zu errichten, bei welcher die Mitglieder ihren Einschub an Waaren machen und über die Hälfte des Wertes tragen könnten. Dadurch daß die Tratten unweigerlich von den Commanditisten genommen werden mühten, würden sie in der andern Geschäfts Welt besonders credirt werden. Es ward dagegen geltend gemacht, daß Niemand in gegenwärtiger Zeit die Garantie als Commanditair übernehmen und daß man schließlich mit den Wechseln immer auf die Königl. Bank zurückkommen werde. Es würde vorsichtig genügen, wenn die letztere in aussichtsreicher Weise d'escorte und Lombardire, wozu dieselbe gern bereitwilliger wie in den vorhergehenden Tagen gewesen ist. Sollten aber die kritischen Verhältnisse fort dauern, so ist die Errichtung einer Darlehnscaisse nicht allein das beste, sondern auch das einfachste Mittel, dem Handelsstande zu helfen. Es werde dann nicht allein unserer Stadt, sondern dem ganzen Handelsstande des Staates, die nötige Unterstützung gewährt. Eine Mitteilung, daß die Ritterchaftliche Bank den Lombard gelündigt habe, ward dahin berichtet, daß die Bank den Lombard-Inhabern gegenüber den Wunsch ausgesprochen habe, dieselben möchten in den nächsten Tagen möglichst hohe Abzahlungen veranlassen. Schließlich wurde der Vorstand einstimmig beauftragt, das Vorsteheramt zu ersuchen, für die Bildung von staatlichen Darlehnscaissen sich zu vernehmen.

(R. Statt. Ztg.)

* Stettin, 17. Mai. An der heutigen Vorlese lag folgende Bekanntmachung der Vorsteher der Kaufmannschaft auf:

Die von uns an den Herrn Handelsminister gesandten Deputirten haben in der ihnen gewährten Audienz die beruhigende Zusicherung erhalten, daß die Königl. Regierung keine außerordentlichen Restriktionen im Discont-Geschäft angeordnet habe, und überhaupt fortfahren werde den Kaufmannstand in liberaler Weise zu bedenken, soweit die Pflicht der Selbsterhaltung dies zuläßt. Einchränkungen des Lombards seien dringend geboten, besonders auf Staatspapiere. Mit der Errichtung von Darlehnscaissen ist man bereits beschäftigt und wird dabei mit größtmöglicher Eile verfahren werden.

* Stettin, 17. Mai. Herrn Alb. de la Barre wurde heute zur Feier seiner silbernen Hochzeit von den früheren und jetzigen Mitarbeitern seines Geschäfts ein wertvoller silberner Pokal und ein Album überreicht.

Banken und Geldmarkt.

Berlin, 16. Mai. Die englische Regierung hat, durch die vorliegende Handelskrise veranlaßt, ein Rundschreiben an ihre diplomatischen Agenten gerichtet, welches vom 12. Mai datirt und am 14. hier übergeben worden ist. Die Gesandten sind beauftragt, diese Deputirten nicht nur den Regierungen mitzuteilen, sondern auch solchen Personen, die ein directes Interesse an den mercantilen Fragen haben. Das Rundschreiben entwidet die Ursache der gegenwärtigen Handelskrise und setzt die von der Regierung dagegen ergriffenen Maßregeln auseinander. Ueberflus auf Capital hat es zu leichtunruhig auf dem Continent, welche Stockungen in den Geschäften verursachten und das Vertrauen erschütterten. Da trat der Bankerott des Hauses Overend, Guiney & Co. ein, welches viele Millionen in Händen hatte, die sich eigentlich in den Kassen einer Anzahl von Privat- und Aktien-Banken, als Reserve derselben, befinden sollten. So entstand eine Panique, die sich gegen diese Banke wendete und sich auf den Rest des Landes ausdehnte, wo viele Millionen Papiere circulierten, deren Wert nur auf dem persönlichen Credit ihrer Aussteller beruhte. Unter diesen Umständen war es natürlich, daß an die Englische Bank große Ansprüche gemacht wurden, die ihre Gültigkeit am Ende eröffnet haben würden. Aus diesem Grunde jüngst die Regierung, im Vertrauen auf die nachträgliche Zustimmung des Parlaments, die die Noten-Ausgabe der Bank limitirende Acte, und hofft, daß vermöge dieser Maßregel alle soliden Häuser die jetzige Krise überstehen können.

Magdeburg, 15. Mai. In der gestrigen, zur Verathung der Conferenz der hiesigen Kaufmannschaft beschäftigte sich, wie die „Magd. Ztg.“ berichtet, das Collegium mit der Verordnung vom 12. Mai, nach welcher die bestehenden Beschränkungen des vertraglichen Zinses für Darlehen, zu deren Sicherheit nicht unbeweglich diese Maßregel als eine halbe und beantragte die Modification dahin, daß die bestehenden Beschränkungen überhaupt aufgehoben würden, wie dies auch in einer weit weniger früheren Zeit als gegenwärtig, nämlich durch die Verordnung vom 27. November 1857 geschehen sei. Ferner wurde befohlen, zu beantragen, daß die Preußischen Privat-Bank-Noten gleich den Noten der Preußischen Bank in allen Königlichen Cassen angenommen und als Zahlungsmittel wieder ausgegeben, nicht aber sofort zum Umtausch präsenziert würden. Der von den Cassetten laut gewordene Wunsch, daß die Preußische Bank von der Verpflichtung, ihre Noten gegen Silber einzulösen, entbunden und ein Zwangscurss für die Noten eingeführt werde, stand gar keine Zustimmung. Demnächst wurde der hiesige niedrige Courstand der ausländischen Banknoten zur Erörterung geogen, so wie die mit der Auswechslung hier selbst verknüpften Unkosten. Es wurde vorgeschlagen, daß gerade in solcher Angelegenheit die Kaufleute sich selbst helfen mühten in der Art, daß sie sich gegenseitig die verschiedenartigen Noten austauschen. Je rascher sie zu Zahlungen nach auswärts befördert würden, desto mit geringerem Verlust verwerthen könnten. Ein Mitglied des Collegiums erklärte sich beispielweise bereit, Meiningen Noten, Cassenfische aus Weimar, Gotha, Coburg, Rudol

nes Gesetzes bedürfe, und die eine für die Entwicklung unseres Bankwesens höchst nachteilige Privilegierung und Monopolisierung der einmal concessionirten Privatbanken enthielte. Oder der Finanz-Minister müste unter der Hand die Behörden annehmen, bis auf Weiteres die Noten der und der Bank in den Staats-Kassen in Zahlung zu nehmen, und er müste sich zugleich vorbehalten, jeder Bank diese Vergünstigung ohne Weiteres wieder zu entziehen. Die staatsrechtliche Seite dieses Vorgehens wollen wir unerörtert lassen. Aber das wird doch Niemand leugnen, daß damit der Credit der Bananen und die Umlaufsfähigkeit ihrer Noten von dem Gutsdienst des Finanzministers abhängig gemacht würde. Denn die Entziehung der einmal erhaltenen Vergünstigung würde nicht verschaffen, gegen die davon betroffene Bank und ihre Noten im Publikum sofort das empfindlichste Misstrauen zu erwecken.

* London, 15. Mai. Die Bankdirectoren haben sich veranlaßt geschenkt, den Disconto für Lombard auf Effecten auf 12 % zu erhöhen, da der Andrang von creditbedürftigen Speculanen der Fondsbörse zu heftig war. Der Begehr nach Geld bleibt bei der Bank sehr lebhaft, da die Privatbanken und Discontohäuser ihre Operationen sehr einschränken. Die Directoren wehren sich sehr dagegen, von den Vergünstigungen, welche ihnen die Suspension der Bankakte gewährt, Gebrauch zu machen. Die Fondsmäster Griffith & Boston haben ihre Zahlungen eingestellt. Von Liverpool werden mehrere Zahlungseinstellungen gemeldet, doch sind die Meldungen nicht verbürgt. Die Passiva von Wakefield Nash & Co. betragen £ 20,000, die von Penney & Co. £ 140,000 bei £ 20,000 Activis. Die Consolidated Discount-Company hat angezeigt, daß sie ihre Geschäfte forsetzt.

Telegramme der Ostsee-Zeitung.

(Von Wolffs telegraphischem Bureau.)

Berlin, 17. Mai. Dem Vernehmen nach wird die Regierung umfassende Maßregeln für Unterstüzung der Handwerker und des mittleren Bürgerstandes durch Einrichtung von Darlehnskassen, wie im Jahre 1848, treffen.

Handelsberichte und Correspondenzen.

Telegramm der Ostsee-Zeitung.

Hamburg, 17. Mai. Die "Börsenhalle" enthält folgendes Telegramm aus Rio Janeiro, vom 24. April: Caffee. Die Gesamtabludungen betragen 61,400 Bll., davon nach der Elbe und dem Canal 21,300 Bll. (Santos 18,500 Bll.), nach der Ostsee nichts. nach Nordamerika 20,400 Bll. Der Vorraht hat um 10,000 Bll. abgenommen. Preise unverändert. Cours auf London 1/8 niedriger. Frachten unverändert.

Wien, 16. Mai. (Schluß-Course.) Schiefe 50% Metalliques 54, 00. 1854er Loope 69, 50. Bank-Actionen 666, 00. Nordbahn 146, 50. National-Anleihe 60, 50. Credit-Actionen 127, 00. Staats-Eisenbahn-Aktion-Certificate 150, 40. Galizier 157, 00. London 126, 75. Hamburg 95, 10. Paris 51, 00. Böhmisches Westbahn 126, 00. Credit-Loope 98, 00. 1860er Loope 70, 00. Lombardische Eisenbahn 151, 50. 1864er Loope 58, 60. Silber-Anleihe 67, 00.

Amsterdam, 16. Mai. Abendbörse. Wenig Geschäft, Haltung matter. Credit-Actionen 125, 70. Nordbahn 146, 50. 1860er Loope 69, 20. 1861er Loope 57, 90. Staatsbahn 150, 00. Galizier 154, 5. Rotterdam, 16. Mai. In der heutigen Caffee-Auction wurden 16.300 Ballen 1 1/4 unter Taxe verauft, der Rest ward eingeraufen (d. h. zurückgekauft) und bleibt bei Loope von 1.000 B. so künftlich; der Rest wird feuerfalls der Juni-Auction beigegeben; das Quantum der leckeren beträgt 85,00 B.

Paris, 16. Mai. Nachmittags 3 Uhr. Die Rente eröffnete zu 64, 15, fiel, als man wissen wollte, die von der "Independance" gebrachte Nachricht, daß am vorigen Sonnabend ein Vertrag zwischen Preußen und Italien unterzeichnet worden sei, bestätigte sich auf 63, 70, hob sich, als die Speculanen mehr Vertrauen fanden auf 64, 20 und schloß fest zur Notiz. Consols von Mittags 1 Uhr waren 83 7/8 gemeldet. — Schluss-Course: 30% Rente 64, 17 1/2. Italiensche 5% Rente 59, 70. Österreichische Staats-Eisenbahn-Aktionen 295, 00. Credit Mobilier-Aktionen 5 3, 75. Lombardische Eisenbahn-Aktionen 297, 50. Österreichische Anleihe von 1865 280, 00. — Compt. 280, 00 auf Termin.

Paris, 16. Mai. Nachmittags 3 Uhr 30 Minuten. Nübel Mai Frs. 114, 50, für Juni Frs. 106, 50, Juli-August Frs. 98, 00, für September-December Frs. 97, 00. — Mehl Mai Frs. 52, 25, für Juli-Aug. Frs. 54, 00. — Spiritus Mai-Juli-Aug. Frs. 54, 00, für Sept.-December Frs. 54, 00.

London, 16. Mai. Nachmittags 4 Uhr. Consols 85 7/8, 10% Spanier 33. Meritaner 16 1/4. 5% Russen 84. Neue Russen 84. Silber 61 7/8. Türkische Anleihe von 1865 30. 6% Verein. Staaten 1882 65.

Aus Newyork sind der Dampfer "City of London" und der Bremer Dampfer "Hermann," ersterer mit einer Baarfracht von 321,600 letzterer mit 221,300 Dollars an Contanten in Southampton eingetroffen.

Liverpool, 16. Mai. Mittags. Baumwolle: 7,000 Ballen Umsatz. Fest. Orleans 13 3/4, Georgia 13, fair Dhollerah 9 1/2, middling fair Dhollerah 7 3/4, middling Dhollerah 6 3/4, Bengal 6, schwimmend 7, Pernam 14 1/4, Ägyptische 18 1/2.

Angekommene und abgegangene Schiffe.

Mai Danzig von Maria, Meyer Newcastle 15. Crocodil (Dampf-Kanonenb.) Heinrich, Krohn Nürnberg 16. Leta, Tjörsvaag Westerwick Alida Hendrika, Nieuvehuis London Concordia, Spiemann Vordingborg Mai Warnemünde von Amalie Laura, Dennerberg Sunderland 14. Elise, Boye Apenrade Primus, Nyström Slote Inmanuel, de Jonge London Maria, Klickow Kiel Margaretta Meyering, de onge do.

Für Notlhafen: Elisabeth & Mary Ann, Johnsen Rouen Pelwormer-Packet, v. Aspern

Martin, Daunen erg Sunderland Stralsund Agathe, Irwen Dysart 15. Anna Christine, Krey Heiligenhafen von Maria, Birkeland Mai Wismar von

von der Rhede eingekommen: 12. Albert & Anna, Grabow Inverkeithing 13. Gustava, Nehls Hartlepool

Nornen, Tonning Calmar 15. Hilda, Kellander nach segelte nach Königsberg weiter.

Nach der Rhede: 12. Nordstjernen, Wallin Gothland Agnes Linck, Feiland von Mai Pillau von

15. Lady Jane Stewart, Johnston Liverpool

16. Hay Cathrine, Mills Dundee Agathe, Berndt Stettin Hermine, Tredup do. Maria, Bergemann do. Bertha Marie, Jausen Haugesund Newcastle Sanders, Sørensen nach Bergen Aberdeen

15. Emil, Meyer Hillechin, Pott Dünkirchen Gerhard, Santjer do. Leo, Müller Meta, de Buhr

Wilhelmine, Neumann	Kiel	Bertha, Rose	nach Archangel
Iduna, Bradhering	England	Mai Dublin	Archangel von
Joh. Cornelius, Frätdau	Helsingør	14. Britannia, Brandt	Danzig
Fortschritt, Voss	do.	Richard, —	Glasgow
Carl Albrecht, Kundschaft	do.	Mai Unw. Dover	nach Danzig
Argo, Fretwurst	do.	13. St. Jacob, Gasttheier	nach St. Nazaire
Fanny, Düwel	do.	Thetis, Zeplien	England
Clara, Kräf	do.	Auguste Agnes, Maass	nach Bristol
Thetis, Zeplien	do.	Hertha, Dade	Maidon
England	do.	Charlotte, Zechow	nach Falmouth
Wilhelmine, Knuth	Grimsby	Alfred, Türk	Mai Genoa
do.	do.	Mai Narva	von Antwerpen
do.	do.	10. Hoffnung, Bantow	April Malaga
do.	do.	April Aalesund	clarirt
do.	do.	1. 25. Gefion, Madsen	nach Alby, Potrowsky
do.	do.	April Arendal	nach Stettin
do.	do.	30. Nissan, Johnsen	Mai
do.	do.	nach d. Ostsee	1. Eiche, —
do.	do.	Mai Glasgow	Carthagen
do.	do.	12. Richard, —	Newyork
do.	do.	13. Anna, Vorbradt	nach Newyork
do.	do.	Elisabeth, Kraft	nach Newyork
do.	do.	14. Ernst v. Homeyer, Bützow	nach Triest
do.	do.	do.	nach Memel
do.	do.	15. Helene, Dankwardt	nach Königsberg
do.	do.	16. Loreley (Preuss.)	nach Lizzie (Preuss.)
do.	do.	do.	nach San Francisco
do.	do.	do.	Wind und Wetter.
do.	do.	15. Mai Pillau WN., NO., schwach.	15. Mai London NNO., leicht.
do.	do.	16. - Cuxhaven NW., leicht.	- Plymouth OSO., leicht. Regen.
do.	do.	17. - Flissingen NO.	- - Portsmouth NO., mässig.
do.	do.	18. - Aberdeen NNO., leicht.	- - Shields NW., do.
do.	do.	19. - Leith NO., do.	- - Valentia SS., leicht.
do.	do.	20. - Liverpool O., do.	

Mai Triest	nach Febr. Nagasaki	nach Hongkong
clarirt	nach 6. Voltigeur,	nach
8. Presenske, Schumacher	Queenstown Mai Newyork	London
do.	jeder Falmouth	Rotterdam
Mai Genua	Antwerpen	Antwerpen
10. Fortuna, Wermke	April St. Thomas	Grimsby
do.	14. Bertha, Heidmann	in Swinemünde
do.	16. Prinz-Regent, Lemble	in See gegangen nach
do.	do.	16. Emilie (SD), Preuss
do.	do.	Hermann (SD), Klock
do.	do.	mit Getreide
do.	do.	mit Gütern
do.	do.	mit Getreide
do.	do.	Wind und Wetter.
do.	do.	15. Mai London NNO., leicht.
do.	do.	- Plymouth OSO., leicht. Regen.
do.	do.	- - Portsmouth NO., mässig.
do.	do.	- - Shields NW., do.
do.	do.	- - Valentia SS., leicht.

do.	do.	15. Mai Pillau WN., NO., schwach.	15. Mai London NNO., leicht.
do.	do.	16. - Cuxhaven NW., leicht.	- Plymouth OSO., leicht. Regen.
do.	do.	17. - Flissingen NO.	- - Portsmouth NO., mässig.
do.	do.	18. - Aberdeen NNO., leicht.	- - Shields NW., do.
do.	do.	19. - Leith NO., do.	- - Valentia SS., leicht.
do.	do.	20. - Liverpool O., do.	
do.	do.	Wind und Wetter.	
do.	do.	15. Mai London NNO., leicht.	15. Mai London NNO., leicht.
do.	do.	- Plymouth OSO., leicht. Regen.	- - Portsmouth NO., mässig.
do.	do.	- - Shields NW., do.	- - Valentia SS., leicht.
do.	do.	16. Emilie (SD), Preuss	
do.	do.	Hermann (SD), Klock	Riga
do.	do.	mit Getreide	
do.	do.	mit Gütern	Hull
do.	do.	mit Getreide	

do.	do.	17. Mai 10 U. 4 Min. Vorm.	In Swinemünde angekommene Schiffe.
do.	do.	17. Mai 10 U. 4 Min. Vorm. von Hoppet, Andersson	Alexandra (SD), Bleckert
do.	do.	do. Albert, Labahn	Norköping
do.	do.	do. Alice, Scharping	Newcastle
do.	do.	do. Humber (SD), Götgens	Stolpmünde
do.	do.	do. Stolp (SD), Ziemke	Kopenhagen
do.	do.	do.	Wind und Wetter.
do.	do.	do.	17. Mai 10 U. 4 Min. Vorm. von
do.	do.	do.	Hoppet, Andersson
do.	do.	do.	do. Fatfield (SD), —
do.	do.	do.	do. löscht in Swinemünde. 1 Schiff in Sicht.
do.	do.	do.	Wind: NW.
do.	do.	do.	Revier 143/4 F.

do.	do.	do.	Neustadt-Eberswalde Canal-Viste.
do.	do.	do.	Mai Schiffer von nach von
do.	do.	do.	15. Kerlow Garnison Berlin Salinger 10 W. Weizen
do.	do.	do.	Büscher Bromberg — Reißner Söhne 66
do.	do.	do.	Grabe Birke — Szamatolsky 102 Gbd. Spiritas
do.	do.	do.	Börnicke Driesen — Schachian 103 W. Hafer
do.	do.	do.	16. Falke Cüstrin — Perl & Meyer 50 "

do.	do.	do.	Stettin, 17. Mai. Wetter: bewölkt. + 120 R., Barometer 22. 4. Wind NW.

<tbl_r cells="4" ix="4"

